



Pet 3-19-11-8205-011381

51063 Köln

Sozialversicherung in der
Europäischen Gemeinschaft

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 07.09.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
– weil dem Anliegen entsprochen worden ist.

Begründung

Der Petent schlägt ein digitales Antrags- und Bescheinigungsverfahren für Selbständige in der Rentenversicherung vor, die vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat der EU tätig sein wollen und hierfür eine Bescheinigung benötigen.

Zur Begründung trägt der Petent im Wesentlichen vor, dass mit der A 1-Bescheinigung der Beschäftigte in einem anderen europäischen Land nachweist, dass eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung in seinem Heimatland besteht. Hierfür sollten die Anträge auch für Selbständige nur noch online übermittelt werden dürfen. Diese Praxis werde ab 2019 für Angestellte zur Pflicht und solle ebenso bei Selbständigen angewandt werden.

Der Zugang über die Sozialversicherungsnummer und einem Passwort sollte laut Petent ausreichend sein und zu einer schnelleren Antragsbearbeitung führen. Die aktuelle Praxis führe für Selbständige, die vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat erwerbstätig sein wollten, zu einem erheblichen Zeitaufwand. Anträge dürften nur per Post oder FAX an den Träger der Rentenversicherung gesandt werden. Eine digitale Lösung sei



erstrebenswert. Anträge sollten online ausgefüllt werden können und direkt von den Mitarbeitern der Rentenversicherung freigegeben werden. Die gewünschte Bescheinigung sollte dem Antragsteller zum Download zur Verfügung gestellt werden. Auf die weiteren Ausführungen in der Petition wird verwiesen.

Es handelt sich um eine Petition, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde und zur Diskussion bereitstand. Der Petition schlossen sich 18 Mitzeichnende an und es gingen 4 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Mit der Bescheinigung A1 weist der Beschäftigte in einem anderen europäischen Land auf Nachfrage nach, dass eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung in seinem Heimatland besteht. So wird vermieden, dass bei einer Entsendung Sozialversicherungsbeiträge gleichzeitig in zwei EU-Staaten fällig werden. Für Arbeitnehmer muss der Arbeitgeber diesen Antrag in der Regel an die Krankenkasse des Beschäftigten stellen. In Ausnahmefällen erfolgt die Antragstellung gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer berufsständischen Versorgungseinrichtung.

Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass seit dem 1. Januar 2019 Arbeitgeber die A 1-Bescheinigung über ein systemgeprüftes Entgeltabrechnungsprogramm oder eine maschinell erstellte Ausfüllhilfe elektronisch beantragen müssen. Das elektronisch unterstützte Antrags- und Bescheinigungsverfahren A 1 konnte somit in die bereits bestehende Datenübermittlung integriert werden, da Arbeitgeber ohnehin verpflichtet sind, diverse Meldungen bezüglich ihrer Arbeitnehmer/-innen elektronisch abzugeben.

Mit dem Siebten Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 12. Juni 2020 wurde nun vom Gesetzgeber beschlossen, dass künftig auch



Selbständige ihre Anträge und Bescheinigungen des A 1-Verfahrens im elektronischen Verfahren mit den zuständigen Sozialversicherungsträgern abwickeln.

Im Einzelnen ist in dem neuen § 106 a Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) vorgesehen, dass auch selbständig Erwerbstätige für die Beantragung einer A 1-Bescheinigung ein elektronisches Verfahren nutzen. Personen, die gewöhnlich in einem Mitgliedstaat eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben und die eine ähnliche Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausüben, unterliegen demnach nach Artikel 12 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 weiterhin den Rechtsvorschriften des ersten Mitgliedstaats, sofern die voraussichtliche Dauer dieser Tätigkeit 24 Monate nicht überschreitet. Um eine Beschleunigung des Verfahrens zu erreichen, soll künftig auch dieser Personenkreis in ein verpflichtendes elektronisches Antrags- und Bescheinigungsverfahren einbezogen werden.

Die neue Regelung wird zum 1. Januar 2022 in Kraft treten. Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass ausweislich der Information des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) die Umsetzung des technischen Zugangs für die A 1-Meldungen für Selbständige erst zu diesem Zeitpunkt realisiert werden kann, da auf Seiten der Sozialversicherungsträger die entsprechenden Zugänge, z. B. durch eine automatisierte kostenlose Ausfüllhilfe für Selbständige bereitgestellt werden müssen. Die neu zu schaffenden Zugangsvoraussetzungen für Selbständige zu diesem Verfahren nehmen – u. a. wegen der Sicherung eines eindeutigen Zugangs und der Identifizierung der antragstellenden Personen – eine gewisse Vorlaufzeit in Anspruch. Hinzu kommt, dass eine entsprechende interne Verknüpfung für eine automatisierte Prüfung bei den Trägern entworfen und etabliert werden soll, um möglichst in einem automatisierten Verfahren auch die Rückantworten schnell generieren zu können. So sollen gerade im A 1-Verfahren die Rückantwortzeiten durch den Einsatz der Automatisierung künftig erheblich verkürzt werden.



Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen stellt der Petitionsausschuss fest, dass dem Anliegen des Petenten, künftig eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung für Selbständige vorzusehen, die vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat erwerbstätig sind, seitens des Gesetzgebers entsprochen worden ist. Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen entsprochen worden ist.